

Eintreten gegen Rassismus – Engagement für und mit Flüchtlinge(n)

Birgit Naujoks

In den vergangenen Monaten haben fremdenfeindliche Proteste in Deutschland bundesweit für Schlagzeilen gesorgt. In einer [Pressemitteilung](#) vom 26. Januar 2015 wies PRO ASYL darauf hin, dass auch die Zahl der gewalttätigen Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte im vergangenen Jahr stark angestiegen sei. Die Organisation warnte vor einem »Klima der Angst«, das sich in einigen Teilen Deutschlands ausbreite. Diese Entwicklung bereitet Sorge. Umso wichtiger ist es, auch auf die vielen Fälle zu schauen, in denen sich Menschen für schutzsuchende Flüchtlinge einsetzen. Denn dieses Engagement hat seit Beginn der neuen Flüchtlings- und Asyldebatte ebenfalls deutlich zugenommen. Vielerorts haben sich mittlerweile Willkommensinitiativen für Flüchtlinge gegründet. Dort haben sich Menschen zusammengefunden, die für und mit Flüchtlingen eine Willkommenskultur leben möchten. Auch wenn diese das Ziel eint, eine Verbesserung der örtlichen Situation für die Flüchtlinge herbeizuführen, gibt es ganz unterschiedliche Ansätze. Dies soll an drei Beispielen aus NRW veranschaulicht werden.

Willkommen in Mülheim

Die Initiative »Willkommen in Mülheim« ist eher zufällig zustande gekommen. Zunächst ging es darum, konkret einer neu angekommenen Flüchtlingsfamilie zu einer Erstausrüstung mit Kleidung, Spielzeug und Hausrat zu verhelfen. Infolge des hohen Spendenaufkommens nach einem entsprechenden Facebookaufruf entstand die Idee, auch weitere Flüchtlinge in ihrem Bedarf an Dingen des alltäglichen Lebens zu unterstützen. Zunächst wurde in einer kostenlos zur Verfügung gestellten ehemaligen Gaststätte ein »Warenhaus für Flüchtlinge« eingerichtet, bei dem Kleider-, Spielzeug- und Möbelspenden abgegeben werden konnten und an Flüchtlinge verteilt wurden. Aus baurechtlichen Gründen erfolgte wenig später der Umzug in die Kleiderkammer des Deutschen Roten Kreuzes. Zum 1. Januar 2015 wurde nun ein Raum für das Warenhaus angemietet. Die Miete wird durch Spenden getragen. Im »Warenhaus für Flüchtlinge« werden die Sachspenden von nunmehr etwa 30 ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen verwaltet, das bedeutet angenommen, sortiert, eingeräumt und zu festgelegten Öffnungszeiten an Flüchtlinge ausgegeben. Um Flüchtlingen die Suche nach den passenden Sachen zu erleichtern, sind Schilder in deutscher und arabischer Sprache sowie Piktogramme angebracht. Das Beispiel hat mittlerweile Nachahmung in sechs anderen Ruhrgebietsstädten gefunden.

Netzwerk Wohlfahrtstraße

Das »Netzwerk Wohlfahrtstraße« ist in Bochum örtlich angebunden an eine Flüchtlingsunterkunft. Im Mittelpunkt steht hier der Kontakt auf Augenhöhe zwischen den Bewohnern/innen der Unterkunft und den ehrenamtlichen Unterstützern/innen. Mehrere Initiativen stellen parallel, aber koordiniert, unterschiedliche, einmalige oder regelmäßige, Angebote für die Bewohner/innen zur Verfügung. Dies reicht vom Besuch von Theater-

vorstellungen, dem Organisieren eigener Veranstaltungen über Trommelkurse, Vorlesestunden für Kinder bis hin zum Cafe Lysa, einem monatlichen Treffen, das dem Austausch, aber auch der praktischen Unterstützung der Flüchtlinge, wie z.B. Begleitung bei Behördengängen oder der Wohnungssuche dient. Genutzt werden dafür die Räumlichkeiten des benachbarten Sportvereins, der diese unentgeltlich bereitstellt. Die Ehrenamtlichkeit wird nach Interessen und Kompetenzen organisiert, so dass nicht jede/r für alles zuständig ist. Derzeit ist die Einrichtung eines Internetcafes in der Gemeinschaftsunterkunft in Planung. Das »Netzwerk Wohlfahrtstraße« möchte allerdings auch politisch tätig werden und auf städtischer Ebene eine Verbesserung der Situation der örtlichen Flüchtlinge erreichen. Zu diesem Zweck hat es sich dem Initiativkreis Flüchtlingsarbeit Bochum angeschlossen, einem Gremium, in dem sich alle lokalen haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingsakteure/innen vernetzt haben.

Willkommen in Sürth

Die Initiative »Willkommen in Sürth« stellt insofern eine Besonderheit dar, als sie bereits vor etwa einem Jahr im Vorfeld einer geplanten Gemeinschaftsunterkunft in diesem Kölner Stadtteil gegründet wurde. Diese bewusste Entscheidung beruhte auf Erfahrungen aus anderen Stadtteilen, in denen die Errichtung bzw. Inbetriebnahme von Flüchtlingsunterkünften teilweise heftige Anwohner/innenproteste ausgelöst hatte, was rechte Gruppen versuchten, sich zunutze zu machen. In Sürth sollten die ankommenden Flüchtlinge von Anfang an akzeptiert und in eine örtliche Willkommenskultur eingebunden werden. Dazu war es der Initiative wichtig, die gesamte Anwohner/innenschaft einzubinden. Deswegen wurden unter anderem örtliche (Sport-)Vereine, Schulen und Unternehmen angesprochen, also Akteure/innen, die zunächst einmal keine besondere Affinität zum Thema Flüchtlinge aufweisen. Viele von ihnen fungieren als Kooperationspartner/innen. Die Organisationsstruktur dieser Initiative weist einen hohen Grad an Professionalität auf. So wurden unterschiedliche Arbeitsgruppen beispielsweise zu den Bereichen »Sürther Dialoge«, »Öffentlicher Auftritt« und »Ressourcen« ins Leben gerufen, die sich regelmäßig treffen. Außerdem hat die Initiative auf Antrag Fördergelder einer Stiftung bewilligt bekommen und hat damit unter anderem eine Website eingerichtet (www.wisue.de), die auch Modellcharakter für andere Initiativen haben soll. Die Aktivitäten der Initiative wurden auch nicht durch erhebliche Verzögerungen beim Bau der Unterkunft unterbrochen. Voraussichtlich werden erst Ende 2015 die ersten Flüchtlinge einziehen.

Dies alles sind Projekte, die von Kommunen initiiert bzw. (finanziell) unterstützt werden sollten, um ein gelingendes Miteinander zu gestalten. Eine Willkommenskultur, die nicht nur ein politisches Lippenbekenntnis einer Gemeinde sein soll, drückt sich im täglichen Umgang mit den zugewanderten Menschen aus und den Angeboten, die man für sie bereithält. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist hier ausschlaggebend. Es gilt darum, die Bedürfnisse der Schutzsuchenden zu definieren und entsprechende Maßnahmen zu treffen. Teilhabe bedeutet beispielsweise die Möglichkeit, die deutsche Sprache zu erlernen, Orientierungshilfen zur Bewältigung des praktischen Alltags in Deutschland zu bekommen, Gelegenheiten zur Kontaktaufnahme mit der ansässigen Bevölkerung zu haben usw.

Die genannten Initiativen und die zahlreichen nicht genannten Initiativen tragen ganz praktisch dazu bei, Schutzsuchenden das Ankommen und das Leben in einer Gemeinde zu erleichtern. Zugleich stärken sie mit ihren Aktivitäten das gesamtgesellschaftliche Klima in einer Kommune zugunsten der Flüchtlinge. Das ehrenamtliche Engagement nimmt hier eine zentrale Rolle ein.

Ehrenamt kann Unterstützung bieten, darf jedoch kein Ersatz für professionelle Beratungs- und Betreuungsangebote sein. Die Kommunen sind gefordert, ihrer Verantwortung für die aufgenommenen Schutzsuchenden auch durch das Bereitstellen finanzieller Mittel und personeller Ressourcen nachzukommen. Es braucht beispielsweise Hauptamtliche, um das Ehrenamt vor Ort zu koordinieren, damit die Angebote gebündelt werden und koordinierter und bedürfnisgerechter zur Verfügung gestellt werden können.

In der Vergangenheit hat es hier einige Versäumnisse gegeben. Sichtbar wird das vielerorts zum Beispiel an der Unterbringungssituation von Flüchtlingen. Seit Jahren leben Schutzsuchende unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen in abgelegenen Baracken mit schlimmsten hygienischen und baulichen Mängeln, Folge einer Abschreckungspolitik, die nicht das Menschsein zur Grundlage des Handelns macht, sondern die Unterscheidung in erwünschte und unerwünschte Zuwanderung. Durch die mangelnde Vorbereitung auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen hat sich die Situation noch einmal verschärft. Auch in Kommunen, die teils schon lange auf einem guten Weg bei der Unterbringung waren, werden bestehende Einrichtungen überlegt oder Notunterkünfte in Betrieb genommen.

Möglich ist dies, weil jede Kommune selbst über die Art und Weise der Unterbringung entscheiden kann und keine Mindeststandards existieren. Die Einführung solcher Mindeststandards hält der Flüchtlingsrat NRW für dringend erforderlich und hat deshalb unter anderem eine an die Landesregierung gerichtete [Petition](#) ins Leben gerufen.

Auch die menschenwürdige Unterbringung von Schutzsuchenden gehört selbstverständlich zu einer gelebten Willkommenskultur. An den Zuständen selbst können nur die Kommunen etwas ändern, Ehrenamtliche können sich jedoch dafür einsetzen, dass sich daran etwas ändert. All die vielen Menschen, die sich in Willkommensinitiativen für Flüchtlinge engagieren, tragen ihren Teil dazu bei. Es ist manchmal ein schmaler Grat zwischen dem Wunsch, Flüchtlinge vor Ort zu unterstützen, doch dabei der Kommune nicht das Gefühl zu geben, Sammelunterkünfte zu befürworten.

Für die meisten Flüchtlinge wäre die Möglichkeit, in einer Privatwohnung zu leben, eine erhebliche Entlastung und Befreiung. Gemeinschaftsunterkünfte als mittel- und langfristige Unterbringungsform schränken die Menschen ein und machen sie krank. Deshalb ist es wichtig, bei aller tatkräftigen Unterstützung auch diesen Aspekt nicht aus den Augen zu verlieren. Ehrenamtliche Unterstützungsangebote können auch organisiert werden, wenn die Flüchtlinge dezentral untergebracht sind. Das bedeutet in manchen Fällen Mehraufwand, trägt indes erheblich zur Teilhabe der Schutzsuchenden bei. Eine Willkommenskultur existiert erst, wenn die

gleichberechtigte Teilhabe der bei uns lebenden Menschen auf allen Ebenen strukturell verankert ist und sich als selbstverständliche Einstellung widerspiegelt.

Ein klares Bekenntnis zum Flüchtlingsschutz stärkt nicht nur die Teilhabemöglichkeiten für die Schutzsuchenden, sondern entzieht der Hetze der Pegida- und anderen Bewegungen auch den Nährboden. Natürlich ist es wichtig, an Gegendemonstrationen teilzunehmen. Die vielen Ehrenamtlichen, die vor Ort Flüchtlinge unterstützen und sich für sie einsetzen, leisten jedoch in aller Stille einen grundlegenden und unverzichtbaren Beitrag für eine Gesellschaft, die das Menschsein in den Mittelpunkt stellt und Willkommenskultur tatsächlich lebt.

Autorin

Birgit Naujoks ist Geschäftsführerin des Flüchtlingsrats NRW e.V. Der Flüchtlingsrat ist ein offenes und unabhängiges Netzwerk von Asylarbeitskreisen, Flüchtlingsinitiativen und –räten, Selbstorganisationen und Einzelpersonen. Der Rat engagiert sich für die Rechte von Flüchtlingen und Menschen mit prekärem Aufenthalt. Außerdem setzt er sich gegen Rassismus ein.

Kontakt

Birgit Naujoks
Flüchtlingsrat NRW e.V.
Wittener Straße 201
44803 Bochum
Tel. (02 34) 58 73 15 - 60
Fax. (02 34) 58 73 15 - 75
E-Mail: info@fnrw.de
www.fnrw.de

Redaktion

Stiftung Mitarbeit
Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft
Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers
Ellerstr. 67
53119 Bonn
E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de